

Einleitung

● **Schwerpunkt »Wandel & Widerstand«**

Mehr Komplexität wagen

Wie man Blockaden überwindet und Kompromisse schließt –
Erfahrungen aus der Zukunftskommission Landwirtschaft und dem
Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft der EU

Peter Strohschneider im Gespräch mit Tanja Busse

Als Reaktion auf die damaligen Bauernproteste rief 2020 die Bundesregierung die »Zukunftskommission Landwirtschaft« ein. 32 Entscheider:innen der wichtigsten Verbände von Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, Wirtschaft und Verbraucherschutz sollten einen Ausgleich ihrer sich widerstreitenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen finden. Bereits im Juni 2021 lag der einstimmig beschlossene Abschlussbericht vor, der erstaunliche und zuvor für nicht möglich gehaltene gemeinsame Positionen und Empfehlungen aller Beteiligten enthielt – der jedoch trotz hoher Erwartungen bislang politisch nicht umgesetzt wurde. Wie aber konnte es überhaupt gelingen, über die zum Teil tiefen und über Jahre verfestigten Gräben hinweg wieder ins Gespräch zu kommen und tragfähige Kompromisse zu erarbeiten? Aber auch: Warum wurden all die guten Vorschläge bislang nicht umgesetzt? Hat das strukturelle Gründe oder ist es allein äußeren Einflüssen geschuldet (Kriege und Krisen)? – Die Journalistin und Autorin Tanja Busse hat über diese Fragen mit dem Wissenschaftsmanager Peter Strohschneider gesprochen. Er war der Vorsitzende und entscheidende Moderator der Zukunftskommission Landwirtschaft und später des ähnlich aufgestellten Strategischen Dialogs der EU. Als Literaturwissenschaftler blickte er von außen auf die Agrardebatte. Seine Aufforderung an die Kommissionsmitglieder, sich den Zumutungen anderer Positionen zu stellen und diese als grundsätzlich legitim anzuerkennen, erwies sich als wesentlicher Schlüssel für die Entwicklung gemeinsamer Empfehlungen an die Politik.

Herr Strohschneider, Sie haben Ihre Doktorarbeit über die Ritterromantik im späten Mittelalter geschrieben. Als Literaturwissenschaftler haben Sie sich mit Rittern beschäftigt, die leidenschaftlich in den Kampf ziehen, um ihre Rechte zu verteidigen. Hat Sie das prädestiniert, in der harten Phase der Bauernproteste zu vermitteln?

Strohschneider: Das Bild, das Sie gerade gezeichnet haben, erinnert an Götz von Berlichingen. Der repräsentiert einen Adel, der sich durch die Verstaatlichungsprozesse der Frühmoderne um seine Rechte betrogen fühlte und der dagegen mit in seinen Augen legitimer

Gewalt revoltierte. Dieses adelige Recht auf Gewaltanwendung wurde in einem jahrhundertelangen Prozess schrittweise vom staatlichen Gewaltmonopol verdrängt. Das, würde ich sagen, ist einer der wichtigsten zivilisatorischen Prozesse in Europa, und er ist bis heute nicht abgeschlossen, wie sich etwa an der Debatte über Gewalt in der Ehe zeigt. Und vielleicht zehren die Bauernproteste symbolisch immer noch ein bisschen von solchen alten Ansprüchen: »Das ist mein Land und auf dem entscheide ich ganz allein, was ich mache.«

Heute ist es dann eben der Traktor für mehrere Hunderttausend Euro, sei es mit roten, gelben, grauen oder weißen Felgen, der zum funktionalen Äquivalent für das Schwert wird: zum Mittel der symbolischen Demonstration von Gewaltfähigkeit. Und manchmal ja nicht nur symbolisch, wenn man an den Vorfall denkt, als Herr Habeck und seine Frau bei Husum mit der Fähre angelandet sind und von wütenden Bauern bedrängt wurden. Zugleich spiegeln die traktorgestützten Bauernproteste die aktuelle Diskursmachtverteilung bei uns: Mit Dieselfahrzeugen den Verkehr zu blockieren, gilt als un schön, aber legitim, Straßenblockaden *gegen* Verbrenner sind illegitim und werden kriminalisiert.

Als Kanzlerin Merkel Sie zum Leiter der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) berufen hat, waren viele überrascht: Ein Wissenschaftsfunktionär, ein Experte fürs Mittelalter soll die Probleme der Landwirtschaft lösen?

Strohschneider: Die Mitglieder mussten erst mal googeln: Wer ist denn das jetzt? Und ich habe selten in so kurzer Zeit so viele Akten gelesen wie im August, September 2000, als das Projekt losging.

War es geradezu hilfreich, dass Sie von außen gekommen sind und die Befindlichkeiten der einzelnen Lager noch nicht kannten?

Strohschneider: Eine gewisse Neutralitätsvermutung steckte bestimmt in meinem Mandat. Ich hatte mich in diesem Politikfeld noch nie bewegt und auch keine Positionen markiert. Nicht viel weniger wichtig war es meiner Wahrnehmung nach, dass die Form von Rede, Rhetorik, Diskurs, die ich so pflege, auf viele Kommissionsmitglieder zunächst befremdlich wirkte. Diese Irritation hat bei den Mitgliedern das Wissen wachgehalten, dass es eine Außenwelt des Agrar-Umwelt-Konfliktes gibt und dass man von der beobachtet wird. Damit entstehen komplexere Verhältnisse, als wenn man bloß unter sich ist. Hinzu kommen argumentative Zumutungen, mit denen ich als Moderator die Mitglieder konfrontierte. Sie waren genötigt, über die Begründungsfähigkeit ihrer Positionen gegenüber anderen nachzudenken.

Ein Brief und seine Folgen

Könnten Sie uns das genauer erläutern?

Strohschneider: Als ich im Juni 2020 gebeten wurde, die Zukunftskommission zu leiten, schrieb ich gerade an einem Buch über Populismus, Szientismus und Moral im Verhältnis zu den Wissenschaften.¹ Darin argumentiere ich unter anderem, dass in pluralistischen Gesellschaften andere mit fremden Perspektiven meine Position beobachten und sie unter Be-

gründungsdruck setzen. Und umgekehrt: Ich muss anerkennen, dass andere andere Positionen einnehmen als ich, und dass diese nicht schon deswegen falsch sind, weil sie anders sind. Ich halte das für konstitutiv für die moderne liberale Demokratie. Und in dieser Überzeugung habe ich bereits vor der konstituierenden Sitzung der ZKL allen Mitgliedern einen Brief geschrieben: Wir würden uns noch nicht kennen, hätten wenig Zeit und eine sehr schwierige Aufgabe vor uns. Daher bäte ich dar-

um, schon einmal auf einer Seite aufzuschreiben, was man für die Ausgangslage der Zukunftskommission halte und was für ihre Zielstellung. Und zwar so – das war die Pointe –, dass man davon ausgehen könne, dass alle anderen Mitglieder diese Darstellung würden unterzeichnen können. Diese von manchen sicher als zumutungsreich empfundene, von allen aber erfüllte Bitte hatte unter anderem die Folge, dass die Vorstände der beteiligten Organisationen nicht ihre Stäbe bitten konnten, die üblichen Textbausteine zur Organisationslinie zusammenzubasteln. Die Vorbereitung auf die Kommissionsarbeit wurde plötzlich viel komplexer. Alle Mitglieder der ZKL haben das Prinzip dann recht bald als Grundlage unserer Beratungen akzeptiert. Ein Mitglied hat es in der zweiten Sitzung auf die Formel gebracht: »Wir müssen hier in der Denke des anderen denken.«

Das war vermutlich ein Meilenstein auf dem Weg zum Kompromiss.

Strohschneider: Ich glaube schon. Die jeweilige Legitimität unterschiedlicher Überzeugungen kann nicht einfach in eine hierarchische Rangfolge gebracht werden. Wenn ich das anerkenne, dann hat das operative und kommunikative Folgen, und das hat die ZKL entscheidend vorangetrieben. Spätestens ab der dritten Sitzung war klar, dass man eben nicht bloß die eigene Position vortragen muss, sondern dass man die eigene Position in Differenz zu anderen Positionen, die man nicht einfach delegitimieren kann, vortragen muss. Das ist eine erhebliche Komplexitätssteigerung. Sie macht es schwerer, die eigene Rede über die Wirklichkeit für die offenkundig und einzig wahre zu halten. Man muss mit bedenken, dass es immer noch eine Alternative gibt. Aus einer zweistelligen wird sozusagen eine dreistellige Relation, nicht mehr: ich und die Welt, sondern: ich und die anderen und die Welt. Diese strukturelle Komplexitätssteigerung, diese Anerkennung unterschiedlicher Positionen war, scheint mir, fundamental für die ZKL. Und zwar, obwohl das doch irgendwie kontraintuitiv ist. Gesagt wird ja, im politischen Feld müsse man einfacher und kürzer reden, also Komplexität reduzieren. Das habe ich immer für falsch

»Wir müssen hier in der Denke des anderen denken.«

gehalten und die Arbeit in der ZKL erlebte ich als Bestätigung, dass ich da richtig liege. Diese Komplexitätssteigerung ist für moderne, pluralistische, komplexe Gesellschaften unabdingbar. Allerdings ist sie zugleich eine Zumutung, die nicht wenige überfordert. Der autoritäre Rechtspopulismus ist auch eine Revolte gegen diese Überforderung.

Die ZKL hat sich nach langem Ringen auf einen gemeinsamen Bericht verständigt.² Das wurde als Erfolg gefeiert, auch wenn die Forderungen bis heute noch nicht umgesetzt wurden. Unser Eindruck ist, dass die Mitglieder der einzelnen Verbände, vor allem die protestierenden Bauern, die Einigung auf der Ebene der Funktionäre nicht wirklich nachvollziehen konnten. Wir beobachten jetzt wieder eine Verschärfung des Konflikts. Wie hätte das anders gehen können? Hätte eine schnelle politische Umsetzung das leisten können?

Strohschneider: Eine Dimension ist sicher die Organisationspolitik der beteiligten Verbände. Die »Land schafft Verbindung«-Proteste 2019 sind für den Deutschen Bauernverband ja eine Desintegrationserfahrung gewesen. Es war gerade *nicht* der DBV, der da auf dem Traktor saß, sondern es waren eben Ausbruchversuche aus dem DBV. Das lässt eine solche Organisation nicht unbeeindruckt. Der DBV verliert, grob gesagt, so alle 15 bis 20 Jahre eine Fraktion. Man kann das seit der beschleunigten Modernisierung der Agrarproduktion in den 1970er-Jahren beobachten: die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), unterschiedliche Organisationen im Bereich der ökologischen Lebensmittelwirtschaft, der Bund Deutscher Milchviehhalter oder Land schafft Verbindung organisieren sich unabhängig. Ich meine, dass es bei den Demonstrationen im Winter 2023/24, die der Bauernverbandspräsident selbst ja erkennbar forcierte, weniger um die rund 430 Millionen Euro an Agrardieselsteuerrückerstattung ging, sondern mehr um die Wiederherstellung der organisatorischen Integrationskraft des DBV. Und dafür musste dessen Präsident laut werden und vorführen, wer eigentlich harte Kante für die Landwirtschaft zeigt.

Ein zweiter wichtiger Punkt: In der ZKL – und ähnlich auch beim Strategischen Dialog in Brüssel – wurden die beteiligten Organisationen im Prinzip durch ihre Präsidentinnen und Präsidenten vertreten, die von der Organisationslinie auch mal abweichen können. Und das braucht es, um in diesem Konfliktfeld Lösungsräume zu öffnen. Das heißt freilich, dass die Mitglieder dieser Kommissionen zuweilen mit komplexeren Lagen in ihren jeweiligen organisatorischen Binnenverhältnissen umgehen müssen. Das haben wir nicht vorhergesehen und erst schrittweise gelernt.

Bemerkenswert war übrigens, dass einige Mitglieder am Anfang ihrer Amtszeit oder ganz am Ende waren. Auch das sind ja Konstellationen, in denen sich Freiräume ergeben können, und diese wurden hier und da für die Verständigung in der ZKL klug genutzt.

Wie ging es dann weiter mit dem Bericht der ZKL in der Ampelkoalition?

Strohschneider: Als die ZKL ihren Abschlussbericht vorlegte, begann der Bundestagswahlkampf 2021, dem dann eine recht schwierige Koalitionsbildung folgte. Als das BMEL unter dem neuen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir dabei war, mit der programmatisch-konzeptionellen Arbeit zu beginnen, kam der imperialistische Angriff auf die Ukraine. Störungen in den Lieferketten für die Düngemittel, die Preiskonvulsionen auf den Getreidemärkten: Das waren schwierige Bedingungen für den ZKL-Plan, der ja davon ausgeht, dass die Anteile des Agrar- und Lebensmittelsystems an den privaten und öffentlichen Budgets wachsen müssen, um die sehr viel höheren externalisierten Kosten der Lebensmittelproduktion im Umwelt- und Gesundheitssystem einsparen zu können. Dies war in der geopolitischen Situation nach dem Februar 2022 politisch nicht mehr leicht formulierbar. Und dann begann ja auch ein sehr beunruhigender allgemeiner Rollback – nicht nur im Agrar- oder Ernährungsbereich, sondern überhaupt in der Klima-, Energie-, Umwelt- und Biodiversitätspolitik.

Ist das eine Reaktion auf die Überforderung durch die unsichere geopolitische Lage? Warum ist das Interesse, an einer Lösung der ökologischen Probleme zu arbeiten, scheinbar verschwunden?

Strohschneider: Im November 2024 hat die ZKL ja ein weiterentwickeltes Leitlinienpapier vorgelegt, in dem sie auch zum Strategischen Dialog der EU Stellung nimmt.³ Dieses Papier befestigt ausdrücklich den von allen Beteiligten unverändert getragenen Konsens (siehe Kasten). Zudem hat sich die Kultur des Austauschs zwischen den beteiligten Verbänden erkennbar und anhaltend verbessert. Mit Blick auf die ganz großen Perspektive kann man allerdings den Eindruck haben, dass wir womöglich in einer Art von Epochenwandel leben. Die lange für selbstverständlich gehaltene geoökonomische und geopolitische Weltordnung erodiert ebenso wie die internationale Rechtsordnung, und die freiheitlichen Demokratien stehen unter massivem Rechtfertigungsdruck. Im Übrigen sind umfassende Transformationsprozesse, wie sie derzeit aus klima-, umwelt- und biodiversitätspolitischen Gründen vorangetrieben werden müssen, ganz allgemein nicht als konfliktfreies Geschehen denkbar.

**»Wir leben
in einem
Epochenwandel.«**

Epochenwandel mit abrupten und tiefgreifenden Änderungen ist noch nie ohne schwere Konflikte abgegangen. Derzeit laufen wir Gefahr, dass durch umwelt- und klimapolitische Rollbacks die Transformation immer teurer und damit konfliktreicher wird. Es ist ja eine drastisch und unverantwortlich verkürzte Behauptung, es müsste jetzt erst einmal industrielle Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden, damit man sich danach den Klimaschutz leisten könne. Das ist ökonomisch einfach falsch. Je weniger Vorsorge stattfindet, umso dramatischer wird der Klimawandel, umso teurer seine Auswirkungen und umso härter die gesellschaftlichen Konflikte, weil er mit der Neuverteilung von Reichtümern einhergehen wird.

»Es war ein Fehler der Umweltbewegung, zu sehr auf Bekenntnisse zu setzen.«

die Alternative: Unterwerfung oder Gegenwehr. Für sachbezogene Verständigungsprozesse bleibt dann wenig Raum. Ich fürchte, es war ein Fehler der Umweltbewegung, zu sehr auf Bekenntnisse zu setzen, mit denen im Übrigen ja noch kein Sachproblem gelöst ist. Historiker wissen zum Beispiel aus der Zeit der Reformation, der Glaubensspaltung und der Religionskriege: Bekenntniszwang macht Kompromisse schwer. Man kann nur noch Ja oder Nein sagen. Und ich würde daraus folgern: Wir sollten viel weniger Energie in Bekenntniskämpfe stecken, also in die Frage: Glaubst du an die Wissenschaft? Glaubst du an den Klimawandel? Wenn Sie die Frage so stellen, erscheint jeder Versuch der Differenzierung sogleich als Häresie.

Wider den Bekenntniszwängen

Es ist Ihnen in einem kleinen Kreis gelungen, durch Erhöhung von Komplexität, durch das Erzwingen des Anerkennens der anderen Positionen einen Konsens über alte und leidenschaftlich gepflegte Gräben des Unverständnisses hinweg zu erzeugen. Wie kann man Ihre Erfahrung aus der ZKL auf große Organisationen oder auf ein regionales Level übertragen? Oder ist der Anspruch zu hoch, weil wir schon mit diesem krassen Epochenwandel überfordert sind?

Strohschneider: Eine Lehre, die jedenfalls ich aus der Arbeit in der ZKL ziehe, ist: Je größer der gesellschaftliche Konflikt ist, umso weniger darf er im Einzelnen normativ vorentschieden sein. Normative Vorentscheidungen stellen abweichende Positionen vor

Jetzt würden die Klimaforscher wahrscheinlich sagen:

»Physik verhandelt nicht und wir haben wenig Zeit.« Und das kommt ja erschwerend hinzu, dass wir nicht einen Kompromiss zwischen Blau und Rot in Lila finden, sondern, dass die physikalischen Folgen unerbittlich auf uns einprasseln. Da gibt es doch Grund, auf die Fakten zu verweisen.

Strohschneider: Mit der Physik kann man durchaus verhandeln, nicht aber mit der physischen Natur. Schon in dieser positivistischen Verwechslung, ebenso wie in der Dramatisierung des Zeitdrucks durch apokalyptische Szenarien, liegt eine solche Form des Bekenntniszwangs, für die wir eigentlich weder Zeit noch auch Energie haben. Es geht ja nicht um die Wissenschaftstheorie der Physik, sondern um die Lösung praktischer Aufgaben. Nehmen wir das Beispiel »Verringerung

Landwirtschaft – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die wichtigsten Einschätzungen und Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft⁴

Im Juni 2021 legte die Zukunftskommission ihren 160 Seiten starken Abschlussbericht vor. Zentrale Aussagen sind:

- Die Landwirtschaft der Zukunft ist nachhaltig und produktiv zugleich. Dazu ist eine Vielfalt an Betrieben und Produktionsformen langfristig zu sichern.
- Damit die landwirtschaftliche Produktion zugleich auch vielfältige Leistungen für Ökosysteme, Tierschutz und Klimaschutz erbringen kann, muss die Gesellschaft dies finanziell so honorieren, dass diese Leistungen zu attraktiven Einkommensquellen werden. Aber auch die Ernährung wird sich ändern müssen.
- Die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems kostet Geld, Produktionskosten wie Lebensmittelpreise werden steigen, die Märkte werden sich an Qualität und weniger an Quantität ausrichten. Dies bedarf einer flankierenden Sozialpolitik für einkommensschwache Verbraucherguppen.

Bei einigen zentralen Empfehlungen gab es kontroverse Meinungen. Die wichtigsten dieser »hot spots«, für die dann doch ein Kompromiss gefunden wurde, sind:⁵

- Politisch ist ein *Ausstieg aus der flächengebundenen Direktzahlung der GAP* gefordert. Schrittweise sollen die Zahlungen umgewandelt werden in ökonomisch attraktive Programme, die auf die sozialen und ökologischen Transformationszielen hin ausgerichtet sind.
- Die *Landwirtschaft ist sowohl Verursacherin als auch Betroffene vom Klimawandel*. Landwirtschaft kann und muss aktiv beitragen zur Bekämpfung des globalen Klimawandels.
- *Landwirtschaft ist eine wichtige Verursacherin des Biodiversitätsrückgangs*. Maßnahmen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und Nährstoffeintrages sind sowohl ordnungsrechtlich als auch durch finanzielle Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente (Stickstoffsteuer) zu ergreifen. ▶

fossiler Emissionen durch Kernkraftwerke – ja oder nein?« In Deutschland ist das entschieden. Es ist jedoch keine physikalische Frage, auch wenn technische Risiken statistisch ermittelbar sind. Es ist eine politische Entscheidung, die unterschiedlichste Risikowahrnehmungen, Positionen, Wertentscheidungen oder Empfindungen einer hochgradig heterogenen Gesellschaft politisch integrieren muss. Und dabei hängen Sachebene und Zeitebene zusammen. Die Kompromissbildungsprozesse in der Klima- und Umweltpolitik, auch diejenigen in der ZKL und im Strategischen Dialog auf EU-Ebene bearbeiten nicht generelle »Entweder-oder«-Alternativen, sondern sie verhandeln konkretere Skalierungen: Zu jeder Maßnahme sagen die einen »zu früh und zu tief eingreifend« und die anderen »zu spät und zu lasch«. Zeitdimension und Sachdimension kann man also aufeinander beziehen und dann entstehen Verhandlungsmöglichkeiten.

Die aber ja nur greifen, wenn es eine grundlegende Verständigung darüber gibt, dass sich was verändern müsste. Und gerade dem verweigern sich ja die Leute, die jetzt in den frontalen Widerstand gehen, komplett und ohne diese grundsätzliche Bereitschaft: »Wir sitzen hier, weil wir ein Problem gemeinsam lösen wollen«.

Strohschneider: Ja, das gibt es. Es mag freilich auch mit Entwicklungen zusammenhängen, die wir als autoritären Rechtspopulismus bezeichnen. Da ist die Agrarproduktion dann sozusagen nur ein Code, in dem diese Art von gesellschaftlichem Kampf ausgetragen wird. Und dafür weiß ich keine einfache Lösung. Man kann auf einer demokratietheoretischen Ebene anset-

zen, auf einer verfassungsrechtlichen Ebene, auf einer politiktheoretischen Ebene, vielleicht geht es auch eher um Sozialpsychologie. Das sind für mich offene Fragen, wie man das gut in den Griff kriegt.

Aber nochmal zurück zum Bekenntniszwang: In der Rede, dass die Physik nicht verhandelbar, und dass die Zeit auslaufe, steckt auch insofern ein Bekenntniszwang, als sie alternative Positionen eben gerade nicht anerkennt. Man kann dann nur noch sagen: »Wer das bestreitet, ist entweder dumm oder böswillig.« Und so lässt sich kein Gespräch eröffnen. Nehmen wir z. B. einen Landwirt, der seinen Rinderstall umbaut mit Krediten, die ihn dann 30 Jahre finanziell binden, und der sich anschließend sogleich mit höheren Anforderungen an Tierwohl oder Emissionsschutz konfrontiert sieht. Ein Gespräch mit diesem Landwirt und die Entwicklung von Lösungen gelingen nur, wenn man seine betriebswirtschaftliche Lage ebenso anerkennt wie das Weltproblem des Klimawandels. Andernfalls steckt man von Beginn an in einer falschen und nutzlosen Entgegensetzung von Ökonomie und Klimaschutz. Wenn es eine Stärke gibt in den Empfehlungen, die die ZKL formuliert, dann liegt sie darin, derartige Entgegensetzungen zu vermeiden. Stattdessen wird eine marktbasierende Transformation beschrieben, die die betriebswirtschaftlichen Interessen der Landwirte ebenso anerkennt wie die ökologischen Erfordernisse.

Das ist keineswegs trivial und es bleiben auch offene Fragen. Das Konzept der ZKL impliziert beispielsweise, immer weitere Bezirke der Natur zu kapitalisieren und marktwirtschaftlichen Verwertungslogiken zu unterwerfen. Wir wissen nicht, ob das ein hoch ambi-

- Die Reduktion des Fleischkonsums und der Tierhaltung (unter anderem durch grünlandbasierte Rinderhaltung mit regionalen Obergrenzen) sind ein Beitrag zu Klimaschutz und Förderung der Biodiversität. Die Produktion wird entsprechend des Konsums zurückgehen.
- Die strukturellen Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette müssen ausgeglichen werden, unter anderem durch faire Verhandlungen und Lieferverträge mit konkreten Angaben über Menge, Qualität, Preis und Laufzeit.
- Kosten der Transformation sind geringer als die Kosten, die durch die Beibehaltung des Status quo entstehen. Die Kosten, die das bestehende Agrar- und Ernährungssystem in den Bereichen Tierwohl, Klima, Biodiversität und Nähr- und Schadstoffeinträge in Wasser, Boden und Luft produziert, werden auf 40 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.⁶ Dem gegenüber steht der Gesamtmittelbedarf bei Umsetzung der ZKL-Vorschläge in Höhe von sieben bis elf Milliarden Euro jährlich, davon 2,5 bis 4,1 Milliarden Euro allein für den Umbau der Tierhaltung.

Angesichts der Krisen und Kriege wurde der ZKL-Bericht überarbeitet. Das Update erschien November 2024 mit folgenden Änderungen bzw. Zuspitzungen:

- Digitalisierung und moderne Technologien werden in einem neuen Handlungsfeld als Schlüssel betrachtet, um Umwelt-, Klima- und Effizienzziele zu erreichen.
- Die Resilienz der landwirtschaftlichen Betriebe wie der (auch globalen) Ernährungssysteme ist zu fördern.
- Bürokratie- oder Regulierungsabbau ist ein eigenes Handlungsfeld geworden.
- Die vollständige Umstellung der Direktzahlungen der GAP soll noch konsequenter auf Leistungen für Umwelt, Klima und Tierwohl hin ausgerichtet sein.
- Stärker betont wird der Kulturwandel, die Governance bzw. die durch die ZKL als machbar und zielführend erlebte »neue Kultur der Zusammenarbeit« zwischen Staat, Wirtschaft, Landwirtschaft und Gesellschaft.

valentes Vorgehen ist, und ob wir es nicht lieber anders machen sollten. Aber wenn wir es schon nicht anders wissen, dann müssen wir eben versuchen, es so gut zu machen, wie wir es nach bestem Wissen machen können. Das wäre eine Erfahrung aus der Arbeit der ZKL.

Eine andere Beobachtung wäre, dass Verständigung und Kompromissbildung auf lokaler Ebene einfacher gelingen können. Die Lebensmittelproduktion ist ein hochkomplexes System, nicht nur, was die ökonomischen und sozialen Aspekte unterschiedlicher Produktionsformen angeht, sondern auch geologisch, biologisch, physikalisch, chemisch und meteorologisch. Wenn Verbände und Organisationen miteinander verhandeln, dann vertreten sie Positionen, die zuvor in teilweise *extrem mühsamen* Integrationsprozessen erarbeitet werden mussten. Der europäische Agrarverband Copa-Cogeca z. B. vertritt gleichzeitig High-End-Landwirtinnen und Bauern, die noch mit dem Ochsen pflügen. *Beider* Interessen muss die Verbandslinie integrieren. Im Prinzip ist es innerhalb der Bundesrepublik ähnlich: Mit der schwarz-roten Koalition in Berlin gibt es ein Rollback, zugleich funktioniert an vielen Stellen, auch in von der CDU regierten oder mitregierten Ländern, gute regionale Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Umwelt, etwa in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein oder seit 2020 beim Niedersächsischen Weg. Die Dinge sind regional zuweilen leichter verhandelbar als auf einer übergeordneten Ebene von Grundsatzkonflikten. Zumindest hoffe ich das.

Sie haben eingangs gesagt, dass die Spannungen in den Lobbyorganisationen letztlich in der Mitgliedschaft ausgetragen werden. Da sind wir wieder auf der lokalen und regionalen Ebene. Sind solche Lösungen dann nachhaltiger?

Strohschneider: Es geht da ja nicht allein um Sachfragen, sondern auch um Machtfragen. Meine Aufgabe war es also, nach Wegen zu suchen, wie man aus Konfliktzuspitzungen, die politisch oder organisationsstrategisch gut verständlich sein mögen, immer wieder herauskommen kann. Und dabei spielen dann neben den systematischen Gesichtspunkten, über die wir schon sprachen, zuweilen auch persönliche Aspekte eine Rolle. Vertreter unterschiedlicher Camps wie die Jugendvertreterinnen von Landjugend und BUND entwickeln Vertrauen zueinander, die wissenschaftlichen Mitglieder der ZKL haben immer wieder zur Versachlichung der Diskussionen beigetragen, andere waren in Unterarbeitsgruppen eng aufeinander angewiesen oder wussten aus eigener Erfahrung, dass man auch über die politischen Unterschiede hinweg immer wieder Auswege finden kann, und sei es, indem man Problemlösungen an die Ebene lokaler Vereinbarungen delegiert.

Die EU-Ebene: heterogener und komplexer

Wir wollen Sie aber noch nach dem Strategischen Dialog⁷ der EU fragen: Die ZKL wurde ja europaweit als ein Erfolgsmodell wahrgenommen und Sie wurden gebeten, das ganze Verfahren auf der noch einmal komplexeren europäischen Ebene zu wiederholen. Wie ist das gelungen?

Strohschneider: Der Strategische Dialog war vom Ansatz her wie die ZKL angelegt, und ich habe auch dieselben diskurstaktischen Schritte gewählt. Ich will das nochmal hervorheben: Am wichtigsten war aus meiner Sicht jene beträchtliche Komplexitätssteigerung, die sich dann ergibt, wenn man die drei Dimensionen der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen Nachhaltigkeit als gleichermaßen wichtig versteht. Am allerersten Abend habe ich den Mitgliedern der ZKL gesagt: Würden diese drei Nachhaltigkeitsdimensionen eine Hierarchie bilden, dann bräuchte die Politik keine Kommission wie die unsrige, denn dann könnte sie ihre Entscheidungen einfach aus dieser Normenhierarchie ableiten. Es gibt aber keine solche Normenhierarchie, die allgemein akzeptiert wäre. Sondern es gibt lokale Kompromisse, Versuche des Ausbalancierens der Zielspannungen, die mit diesen Dimensionen von Nachhaltigkeit verbunden sind. Das war in der ZKL so und im Strategischen Dialog auch.

Schwieriger ist es in Brüssel insofern gewesen, als die Agrarproduktionsformen innerhalb Europas noch einmal erheblich heterogener sind als innerhalb der Bundesrepublik. Und zwar in jeder Hinsicht: ökonomisch, historisch, soziokulturell, ökologisch, klimatologisch, geologisch. Kleinbäuerliche Weizenproduktionen in Südostpolen, Schafzucht in Irland, Gemüseanbau in Andalusien, Olivenanbau auf Zypern haben wirklich sehr unterschiedliche Belange. Alle, die sich am Strategischen Dialog beteiligten, haben diesbezüglich enorm komplexe Differenzierungs- und Integrationsleistungen vollbracht.

Ein völlig nebensächlicher, für mich persönlich jedoch nicht unwichtiger Aspekt war unsere Verhandlungssprache. Ich bin im Deutschen einfach viel sicherer, welcher Kalauer gerade noch geht, als im Englischen. Und auflockernde Kalauer, ironische Kommentare, komische Unterbrechungen sind nun einmal ein sehr wichtigstes Instrument meiner Moderierung in solchen diffizilen Runden.

Wie war der Strategische Dialog zusammengesetzt?

Strohschneider: Mitgewirkt haben vor allem Vorstände der einschlägigen europäischen Dachverbände sowie zwei wissenschaftliche Mitglieder, mich nicht mitgezählt. Auch zwei Vertreterinnen des Bankensystems waren dabei. Wie wichtig das war, sieht man, wenn man sich fragt, was eigentlich den Status quo struktu-

rell am meisten stabilisiert, wo also die härtesten Hürden der Transformation stehen? Neben dem Ernährungsverhalten, das sich nur allmählich ändert, würde ich hier das Finanzsystem nennen. Es gibt im Agrarsystem ja ganz unterschiedliche Zeitordnungen, die synchronisiert werden müssen. Neben den jährlichen Wachstumszyklen gibt es Lebens- und Generationszyklen, die für die Entwicklung eines Hofes wichtig sind, es gibt die Zeit der Agrarmärkte und die Zeit der Politik mit Legislaturen und Verwaltungsfristen. Und es gibt ein Finanzsystem, das mit Refinanzierungszeiträumen über 20 oder 30 Jahre Bindungen an den Status quo verfestigt. Hinzu kommt als dritter wichtiger Stabilisierungsfaktor das Welthandelssystem mit den Fragen des grenzüberschreitenden Ausgleichs unterschiedlicher sozialer und ökologischer Standards, also des *border adjustments*.

Ernährungsverhalten, Finanzsystem und Welthandel: Das sind, würde ich sagen, die drei wirksamsten Stabilisierungsfaktoren des Status quo. Und deswegen war es so wichtig, dass die Banken beim Strategischen Dialog dabei waren, vor allem auch die Europäische Investitionsbank. Das ist ein europäisches Äquivalent zur deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), eine öffentlich-rechtliche Bank, die nicht primär profitorientiert arbeitet und für die EU-Kommission Finanzierungsfunktionen übernimmt. Die Europäische Investitionsbank hat bereits noch im Zusammenhang mit den Beratungen des Strategischen Dialogs ihr Instrumentenportfolio und ihre Prioritätenliste geändert und rund fünf Milliarden Euro für Kredite im Lebensmittelsystem nach *neuen* Kriterien zur Verfügung gestellt, für die Förderung von Junglandwirten, von Quereinsteigern und Hofübergaben und so weiter.

Hat der Strategische Dialog auch der Kommission politisch geholfen?

Strohschneider: Für die EU-Kommission hat der Strategische Dialog – nach meiner Beobachtung – auch eine gewisse Modellfunktion. Die demokratische Legitimität der Europäischen Kommission ist ja schwächer als die von nationalen Regierungen, und sie hat in der Pandemie einen Machtzuwachs erlebt. Die Legitimitätskonflikte sind dabei jedenfalls nicht geschrumpft, und es hat mich durchaus überrascht, wie offen sie zwischen Rat, Parlament und Kommission ausgetragen werden. Die EU-Kommission hat einen erheblichen Legitimationsbedarf. Es gibt kontinuierlich eine Vielzahl von Konsultations- und Partizipationsverfahren im EU-System, die helfen sollen, ihn zu decken. Auch neue Verfahrensmodelle wie der Multi-Stakeholder-Ansatz des Strategischen Dialogs zur Landwirtschaft werden dabei erprobt. Die EU-

»Das Finanzsystem ist – neben dem Ernährungsverhalten – die härteste Hürde der Transformation.«

Kommission hatte bereits einen Strategischen Dialog zur Industriepolitik organisiert, der scheiterte und sich nach wenigen Monaten auflöste. Im Herbst und Winter 2023/24, als die Bauern wieder in Brüssel demonstrierten, stand man also vor der Frage: Was haben wir im politischen Instrumentenkasten? Versuchen wir es noch einmal mit einem Multi-Stakeholder-Dialog oder lassen wir es jetzt mit diesem Instrument? Auch vor diesem allgemeineren Hintergrund ist der Strategische Dialog zur Landwirtschaft dann als Erfolg bewertet worden. Die Kommissionspräsidentin, Frau von der Leyen, hat daran dann auch rasch mit einem dritten Strategischen Dialog, diesmal zur Automobilindustrie, angeschlossen.

Und was sind die konkreten Ergebnisse des Dialogs?

Strohschneider: Das Ergebnis liegt – wenig überraschend – im Wesentlichen auf der Linie der ZKL. Es ist bezüglich der Zukunft der GAP und der Reduktion des Fleischkonsums etwas indirekter formuliert als der Abschlussbericht der ZKL, folgt aber demselben Prinzip einer marktwirtschaftlichen Ökologisierung der gesamten Agrar- und Lebensmittelsysteme. Die Kommissionspräsidentin hat sich in ihrem *Mission Letter* für den neuen Agrarkommissar Hansen in erheblichem Umfang direkt auf das Ergebnis des Strategischen Dialogs bezogen. Der Kommissar hat dann im Februar 2025 seine *Vision for Agriculture and Food* vorgelegt, die ich mir noch ambitionierter hätte vorstellen können. Eine Reihe von Punkten ist allerdings direkt aufgenommen und zum Teil auch bereits umgesetzt worden. So gibt es jetzt z. B. das European Board on Agriculture and Food, eine Art von verstetigter Fortsetzung des Strategischen Dialogs, die bestimmt hilfreich sein kann. Kürzlich hat die Kommission eine Strategie zum Generationenwechsel in der Landwirtschaft beschlossen, die eine zentrale Empfehlung des Strategischen Dialogs aufgreift. Es gibt auch Anknüpfungen an unsere Empfehlungen zur Reform der GAP, so bei den aktuellen Vorschlägen zur Ausgestaltung von Direktzahlungen, zur Nachhaltigkeitsbewertung im Agrar- und Ernährungssystem, zur Handelspolitik oder zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Ich verfolge das derzeit nicht täglich, doch drehen sich nach meinem Eindruck die Auseinandersetzungen im Moment weniger um die Frage der Gestaltung einzelner Maßnahmen, als um die Frage, wie der Haushalt der EU künftig überhaupt aussieht, und zwar strukturell wie finanziell. Umwelt- wie Agrarseite befürchten ja deutliche Kürzungen ihrer Budgets im Rahmen des Gesamtbudgets und sind sehr erbost darüber, dass es den Plänen der Kommission zufolge

künftig die eigenständigen thematischen Budgets wie GAP und LIFE nicht mehr geben soll.

Das dürfte eine tiefgreifende Transformation der Landwirtschaft zur Nachhaltigkeit schwerer machen.

Strohschneider: Die tritt hinter diesen Kämpfen jedenfalls eher in den Hintergrund. Die *Vision* von Herrn Hansen bedeutet in meiner Lesart insofern keinen Fortschritt, als sie Agrarpolitik wieder als sektorale Förderpolitik für Landwirte versteht, nicht systematisch als Ernährungs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Der Agrarexceptionalismus feiert fröhliche Urständ. Das sieht man nicht zuletzt daran, dass die Landwirte allein als Opfer der ökologischen Gefährdungen vorkommen, nicht auch als Mitverantwortliche, wie wir alle, und eigentlich auch nicht als Mithelfer bei der notwendigen Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme. Insofern würde ich sagen, zeigt sich eine gewisse Rekonventionalisierung der Agrarpolitik, jedenfalls gegenüber dem Strategischen Dialog und auch gegenüber über dem *Mission Letter* der Kommissionspräsidentin von der Leyen für den Agrarkommissar.

Dahinter liegen natürlich auch Machtkämpfe. Die Landwirtschaftsminister und Bauernverbände einiger Mitgliedstaaten kritisierten den Strategischen Dialog heftig. Da überlagern sich illiberale Tendenzen mit ökonomischen Interessen. Agrarpolitik wird dabei vor allem unter dem überaus schlichten Gesichtspunkt beurteilt, wie groß die Mittelflüsse aus den europäischen Agrarbudgets in die nationalen Haushalte sind.

Mein Argument war in diesem Zusammenhang: Mit dem Strategischen Dialog verteidigen wir das gegenwärtige Volumen der Agrarförderung der Europäischen Union, aber wir anerkennen zugleich, dass Ernährungssicherheit allein keine hinreichende Begründung für dieses Volumen ist, sondern dass es nur dann gerechtfertigt ist, wenn es auch der Finanzierung zusätzlicher ökologisch-sozialer Systemleistungen dient. So steigern wir die Rechtfertigungsfähigkeit der europäischen Agrarförderung – und das ist notwendig. Dieses Argument hat den Strategischen Dialog getragen, in der Politik des Agrarkommissars, so weit sie einstweilen zu erkennen ist, verliert es wieder an Gewicht.

Wahrheiten und Mehrheiten

Was da gerade in Brüssel passiert ist ein direkter Angriff auf die Umwelt- und Klimabewegung, die ja eine Veränderung der Agrarpolitik auf der Basis vieler wissenschaftlicher Studien fordert. Sie warnen zwar vor einem Bekenntniszwang, darüber haben Sie ja ein ganzes Buch geschrieben.⁸ Doch wissenschaftliche Erkenntnisse

sind hilfreich beim Begründen von Transformations-Notwendigkeiten. Was würden Sie daraus jetzt mitnehmen für die Zukunft der Agrardebatte in schwierigen Zeiten?

Strohschneider: Wissenschaftliche Erkenntnisse sind selbstverständlich enorm wichtig. Bei den Agrarwissenschaften – das sage ich im Plural, weil in ihnen ökonomische, naturwissenschaftlich-veterinärmedizinische und ingenieurwissenschaftliche Teildisziplinen zusammenwirken – empfiehlt es sich indes zu bedenken, dass das Fach sich in den letzten etwa 20 Jahren weiterentwickelt hat und heute Aspekte der Ökologie und auch des Tierwohls viel stärker betont. Der konservativen Fraktion einer rein produktivistischen Landwirtschaft ist da auch Unterstützung verloren gegangen, weil in den Agrarwissenschaften längst das multifunktionalistische Paradigma im Vordergrund steht. Auch bei Landwirtschaft und Ernährung verschärfen sich also die Wissenskämpfe, aber dieser Kampf um Expertise ist ja in vielen gesellschaftlichen Feldern zu beobachten.

Darum geht es auch in meinem Buch: Wenn politische Entscheidungen weniger politisch begründet, sondern als wissenschaftsbasiert und daher alternativlos ausgegeben werden, wenn also die Legitimationskraft wissenschaftlicher Wahrheitsansprüche die Legitimität von Mehrheitsentscheidungen ersetzen soll – was passiert dann eigentlich mit Minderheitenpositionen? Das ist eine entscheidende Frage. Bei demokratischen Mehrheitsentscheidungen sind die Minderheiten ins System *inkludiert*. Sie kämpfen darum, beim nächsten Mal die Mehrheit zu stellen. Bei einer Herrschaft der Wissenschaft hingegen – wer immer das sein mag –, in einem Wahrheitsregime also werden Minderheiten zu Wahrheitsleugnern, die man durch Kriminalisierung oder Hospitalisierung *exkludiert*. Und das verschärft die gesellschaftlichen Kämpfe drastisch.

»Der Agrar-
exceptionalismus feiert
fröhliche Urständ.«

Alternative politische Positionen sind in der Demokratie immer legitim. Man kann auch gemeinsame Ziele teilen,

z. B. den Kampf gegen den Klimawandel, und doch die Mittel der gegenwärtigen Klimapolitik als völlig verfehlt kritisieren. Wenn Mittel und Zwecke aber politisch verwechselt werden, wenn Mittel, mit denen ich nicht einverstanden bin, wegen eines wissenschaftlich gut begründeten Zwecks als alternativlos erklärt werden, dann liegt es nahe, nicht diese Mittel, sondern vielmehr die wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen anzugreifen. Politisch legitimer Dissens wird zur nicht rechtfertigungsfähigen Dissidenz. Das ist eine der Dynamiken, die in die Wissenschaftsleugnung und ins Verschwörungstheoretische führen. Und die können sich dann auch verknüpfen mit dem Anti-Elitismus eines vulgären, autoritären Rechtspopulismus.

Nochmals: Ich argumentiere selbstverständlich nicht dagegen, wissenschaftliches Wissen politisch zur Kenntnis zu nehmen. Ich kritisiere Positionen, die ihrer Tendenz nach auf ein Wahrheitsregime hinauslaufen würden, wie man es als Wohlfahrtsausschuss, Wächterrat oder Zentralkomitee von Einheitsparteien kennt. Eine politische Position des Typs »Die Wissenschaft beweist den Klimawandel, und daraus folgt, dass Lützerath nicht abgebaggert werden darf«, schließt wissenschaftlich fundiertes allgemeines Wissen mit einer konkreten komplexen Entscheidungslage kurz, in der unterschiedliche Entscheidungsalternativen sich auf wissenschaftliche Begründungen berufen können und in der zudem eine Reihe außerwissenschaftlicher Aspekte – und Zielkonflikte – zu bedenken ist, z. B. Eigentumsrechte, Energieversorgungssicherheit, politische Vereinbarungen und so weiter. In einer derart komplexen Entscheidungslage ist das »Follow the Science« keine Empfehlung, die weiterhilft. Welcher Wissenschaft denn? Und wohin?

»Kulturkampf blockiert die Bearbeitung der sachlichen Probleme.«

Das verstehe ich, aber was folgt daraus für die Landwirtschaft? Im Moment haben wir ja ein Herrschaftssystem, einen Bundeslandwirtschaftsminister, der selbst anti-science betreibt, wenn er etwa sagt, zwischen Klimawandel und Fleischkonsum gebe es keinen Zusammenhang – gegen die Erkenntnisse seiner eigenen Ressortforschung, gegen die Erkenntnisse der ZKL. Er hat also die ehemalige Mindermeinung aus den Zeiten der ZKL in die neue Mehrheitsmeinung umformuliert - gegen alle Vorarbeit, die Wissenschaft und ZKL geleistet haben. Das lässt mich ein bisschen ratlos zurück.

Strohschneider: Nun, ich würde sagen: sachlich falsch und sehr kritikwürdig, aber deswegen politisch nicht schon illegitim. Es kann in der Demokratie richtige illegitime Positionen und falsche legitime Positionen geben. Anders sind Freiheit und Pluralismus nicht denkbar. Die verteidige ich allerdings. Und gegen sachlich falsche Positionen zu kämpfen, ist eine politische Aufgabe. Es führt nicht weiter, einfach nur die eignen Wahrheitsansprüche zu betonen. Der Minister beharrt dann auf den seinen, muss sich als Klimawandelleugner kritisieren lassen und wird seine Kritiker Ideologen schimpfen. So herrscht dann der Kulturkampf. Und der blockiert die Bearbeitung der sachlichen Probleme.

Es gibt ja das berühmte Zitat von Hannah Arendt, wo sie sagt, dass es ganz im Sinne von Diktatoren ist, dass die Menschen nicht mehr zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden können. Darauf berufen sich jetzt viele und bestehen darauf, dass wir an Wahrheitsansprüchen festhalten. Etwa an bestimmten, wissenschaftlich ermittelten Fakten über den Verlust der Biodiversität oder den globalen Klimawandel. Wenn das verloren geht, gewinnen ja

die merchants of doubt, die sagen: »Wir säen den Zweifel, dann sind alle verwirrt und dann haben wir gewonnen.« Wenn wir argumentieren, jeder hat seine Wahrheit, siegen doch die Mächtigsten, die den Zugriff auf die Kommunikationsinstrumente haben. Wie kommt man da raus?

Strohschneider: Hannah Arendt hat in ihrem Essay *Wahrheit und Lüge in der Politik* auch geschrieben, »vom Standpunkt der Politik gesehen ist Wahrheit despotisch«. Und beides trifft ja zu. Bearbeitet werden kann diese Spannung mit einer Haltung, die ich Selbstdistanz nenne und von der wir eingangs sprachen: Ich muss eine Position vertreten und zugleich anerkennen, dass auch die Gegenposition vernünftig und legitim sein kann. Und diese Spannung ist politisch, sie kann nicht wissenschaftlich aufgelöst werden, sondern um ihren Ausgleich muss man sich politisch bemühen. Dafür werbe ich! Alles andere lenkt die Aufmerksamkeit auf Fragen hin, für die wir kaum Zeit haben. Die Landwirte merken doch, wie ihre Böden degradieren, wie ihnen der Starkregen den Acker wegschwemmt, wie ihnen Trockenheit und Verschiebung der Vegetationsphasen das Leben schwer machen. Sie beobachten das. Und mehr braucht es gar nicht, denn es genügt jetzt das Vorsorgeprinzip. Und aus ihm folgt dann die eigentliche Frage: Mit welchen Instrumenten und Maßnahmen lässt es sich ermöglichen, dass die Landwirte dem Vorsorgeprinzip Genüge tun und dass das auch betriebswirtschaftlich tragfähig ist. Darauf gibt es konkrete Antworten. Dass zeigen exemplarisch die vielfältigen Schritte, die etwa seit Beginn des Niedersächsischen Weges schon gegangen wurden, damit Landwirtschaft und Umweltschutz lokal und regional besser und mit konkreten Ergebnissen zusammenarbeiten können. Die machen, was in der gemeinsamen Lebenswirklichkeit erforderlich ist.

»Keep calm and carry on«

Die Betriebe, die trotz widriger Umstände, ihre Höfe umstellen, um ökologisch und sozial wirklich nachhaltig zu wirtschaften, sind Helden der Transformation. Aber vielen dieser vorbildlich wirtschaftenden Betrieben geht es finanziell nicht gut. Was raten Sie denn den Landwirtinnen und Landwirten in dieser schwierigen Lage?

Strohschneider: »Keep calm and carry on«, würde ich sagen. Und nach Möglichkeiten suchen, seine ökologische Leistungsbilanz deutlich zu verbessern, und zwar mit betriebswirtschaftlich profitablen Instrumenten. Das multifunktionalistische Paradigma, dem die ZKL und der Strategische Dialog folgen, hat ja den Charme, dass es volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte funktional so integriert, dass profitables Wirtschaften auf einzelbetrieblicher Ebene ökologisch

verantwortlich *und* volkswirtschaftlich vorteilhaft sein kann. Das ist eine Transformation des Status quo. Denn zurzeit operieren viele betriebswirtschaftlich irgendwie auskömmlich, verursachen aber erhebliche gesamtgesellschaftliche Kosten, die um ein Mehrfaches höher liegen als notwendig. Das muss sich ändern und kann es auch. Das ganze System kann nachhaltiger werden, wenn es gelingt, die externalisierten Kosten deutlich zu reduzieren und das Geld neu zu investieren – in ein insgesamt viel nachhaltigeres Agrar- und Ernährungssystem.

Danach sieht es gerade bei der Neuordnung der GAP nicht aus.

Strohschneider: Über einige Aspekte dessen haben wir gesprochen. Andere blieben noch zu ergänzen, etwa auch die Verschärfung der Landnutzungskonkurrenzen durch finanzialisierte Agrarflächenmärkte oder die flächenbezogenen EU-Direktzahlungen. Jemand wie der rechtspopulistische tschechische Politiker und Agrarunternehmer Andrej Babiš nützt das System in einer Weise aus, der man mit wissenschaftlichem Wissen nicht beikommen kann – selbst wenn die Kapitalismuskritik in einem wissenschaftlich viel erfreulicheren Zustand wäre –, sondern allenfalls politisch und juristisch.

Die Sinnfrage zum Schluss. Warum, glauben Sie, leistet sich die Politik solche Experten- und Stakeholderkommissionen wie die ZKL, wenn am Ende die politische Bereitschaft fehlt, die Empfehlungen (denn mehr ist es ja nicht) wenigstens aufzugreifen geschweige denn umzusetzen? Selbst dann nicht, wenn breite gesellschaftliche Kompromisse gefunden wurden? Abgesehen vom Frust aller Beteiligten: Fördert das nicht die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung? Was wäre Ihre Antwort auf den naheliegenden Sinnlosigkeitsverdacht?

Strohschneider: Sinnlos wäre diese Arbeit unter der Prämisse, dass die Empfehlungen solcher Kommissionen politisch einfach direkt eins zu eins umgesetzt werden könnten. Diese Erwartung ist aber unempirisch und auch demokratietheoretisch fraglich. Sie überschätzt nämlich den Geltungsanspruch, den solche Kommissionsergebnisse erheben können, und sie unterschätzt Politik als simple Umsetzung vorpolitischen Wissens. Eine realistischere Einschätzung wäre demgegenüber die Feststellung, dass die Leistung solcher Kommissionen darin liegen kann, politische Begründungslasten neu zu verteilen: Man muss mit einem demokratischen Mandat von den Empfehlungen der ZKL oder des Strategischen Dialogs politisch abweichen können, aber man kann es nicht mehr, ohne sich gegebenenfalls für diese Abweichung öffentlich rechtfertigen zu müssen. So gesehen

»Moderne Gesellschaften sind viel zu komplex, als dass sie als ganze gesteuert werden könnten.«

haben beide Kommissionen ziemliche Wirkung im politischen Feld erreicht. Politik bleibt eben, wie Max Weber wusste, «ein starkes langsames Bohren von harten Brettern», denn moderne Gesellschaften sind viel zu komplex, als dass sie als ganze gesteuert werden könnten.

Vielen Dank für das Gespräch!

An dem Gespräch und seiner Aufbereitung hat redaktionsseitig Andrea Fink-Keßler mitgewirkt.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Olaf Bandt, Elisabeth Fresen und Thomas Schröder: Landwirtschaft sucht Zukunft. Einblick in die Arbeit und die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2022, S. 52-57.

Anmerkungen

- 1 P. Strohschneider: Zumutungen. Wissenschaft in Zeiten von Populismus, Moralisation und Szientokratie. Hamburg 2020.
- 2 Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft – Kurzfassung. Berlin 2021.
- 3 Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in schwierigen Zeiten. Strategische Leitlinien und Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft – Kurzfassung. Berlin 2024.
- 4 Zusammengefasst aus den Berichten der Zukunftskommission Landwirtschaft 2021 und 2024 (siehe Anm. 2 und 3).
- 5 Entnommen aus Zukunftskommission Landwirtschaft 2021 (siehe Anm. 2), S. XX sowie aus O. Bandt, E. Fresen und Th. Schröder: Landwirtschaft sucht Zukunft. Einblicke in die Arbeit und die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. In: Der Kritische Agrarbericht 2022, S. 52-57, sowie aus: R. Münch und L. Schulze Pals: Brücken bauen. Für ein besseres Miteinander von Bürger und Bauern. Münster-Hiltrup 2025 insb. S. 62-76.
- 6 Schätzungen der Boston Consulting Group, zit. nach Zukunftskommission Landwirtschaft 2021 (siehe Anm. 2), S. 115 ff.
- 7 Strategic dialogue on the future of EU agriculture. A shared prospect for farming and food in Europe. Brussels 2024.
- 8 P. Strohschneider: Wahrheiten und Mehrheiten. Kritik des autoritären Szientismus. München 2024.



Foto: André Redlich

Prof. Dr. Peter Strohschneider

Literaturwissenschaftler an der LMU München, ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftsrats und Präsident der Deutschen Forschungsgesellschaft sowie Vorsitzender der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Strategic Dialogue on the Future of EU Agriculture.

peter.strohschneider@lmu.de



Foto: Georg Schweisfurth

Dr. Tanja Busse

Journalistin, Autorin und Moderatorin vor allem in den Themenfeldern Landwirtschaft und Ernährung sowie Schutz der Biodiversität.

mail@tanjabusse.de